

**SOZIALE  
HEIMAT**

# STREHLA



FRÜHJAHR 2019

INFORMATIONEN ZUR KOMMUNALWAHL

PETER SCHREIBER

**MIT HERZ UND  
VERSTAND  
FÜR HEIMAT  
UND LAND**

**NPD**

**WIDERSTAND  
— JETZT —**



## ZUR PERSON

**Peter Schreiber** wurde 1973 in Berlin-Willmersdorf geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Aufgewachsen im südlichen Hessen, 1992 Abitur, 1993 Eintritt in den gehobenen Dienst der hessischen Finanzverwaltung und Studium an der Verwaltungsfachhochschule in Rotenburg an der Fulda, abgeschlossen 1996 (Diplom- Finanzwirt, FH).

**1997 bis 2001** Mitglied der Republikanischen Jugend und der Republikaner, 2001 Umzug ins fränkische Coburg, Austritt aus der Finanzverwaltung und berufliche Neuorientierung im patriotischen Verlagswesen.

**2007 Eintritt in die NPD**, Umzug nach Strehla und dann Vertriebsleiter im Deutsche Stimme Verlag, Riesa. Im Juni 2008 erstmaliger Einzug in den Kreistag des Landkreises Meißen, ein Jahr später in den Stadtrat Strehla, Wiederwahl im Mai 2014.

**Seit 2011** Vorsitzender der NPD im Kreistag Meißen, ab 2009 bis 2012 parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag (Soziales und Verbraucherschutz). Seit Oktober 2012 Geschäftsführer der Deutsche Stimme Verlags GmbH in Riesa, seit Januar 2014 Chefredakteur der Deutschen Stimme.

## Wahlplakat zur Bürgermeisterwahl 2015.

Nach der Nichtzulassung Schreibers schoß die Zahl der ungültigen Stimmen in die Höhe.



# Immer am Ball bleiben!

## Zehn Jahre NPD im Stadtrat beginnen Wirkung zu zeigen. Kein Grund, nachzulassen!

Es hat sich was verändert in den kommunalen Gremien, in denen die NPD vertreten ist, keine Frage. Der in den letzten Jahren festzustellende Rechtsruck – an Fahrt aufnehmend seit der »Flüchtlingskrise« des Jahres 2015 - geht auch an Kommunalpolitikern der etablierten Parteien nicht spurlos vorüber.

## »Rache« für 2015!

Erinnern Sie sich noch, als der Gemeindevwahlausschuß in Strehla die skandalöse Entscheidung traf, Peter Schreiber zur Bürgermeisterwahl 2015 nicht zuzulassen?

Diese Sauerei wurde vom Wähler immer noch nicht gebührend »gewürdigt«. Die Wahlen am 26. Mai sind eine glänzende Gelegenheit hierzu!



Im Stadtrat Strehla, ansatzweise auch im Kreistag, macht sich das dahingehend bemerkbar, daß mittlerweile auch Anträge der Nationaldemokraten ab und an Mehrheiten finden – oder auf andere Weise in die politische Agenda der Kommunalverwaltungen eingehen. In dieser Zeitung finden Sie mehrere Beispiele für meine Behauptung. Interessant ist, daß die Medien hierüber nicht mehr berichten. Wußten Sie, daß das Positionspapier zur Kommunalfinanzierung auf einen Antrag zum Haushalt 2018 zurückging, der von mir, dem NPD-Stadtrat, eingebracht und anschließend in den Ausschüssen konstruktiv beraten worden war? Vermutlich nicht. Der »Sächsischen Zeitung« war dieser Umstand keine Zeile wert.

Doch machen wir uns nichts vor. Wirklich tabubehaftete Themen spielten in den letzten Jahren in Strehla keine Rolle mehr. Unbeachtet von den regionalen Medien konnten sich die Vertreter von CDU bis LINKE dazu durchringen, auch NPD-Anträgen zuzustimmen.

Wenn es wieder hart auf hart kommt, dann wird die Herrschaften von links bis bürgerlich sehr schnell der Mut verlassen.

Ich gehe davon aus, daß die nächste Asyl- und Einwanderungswelle nur eine Frage der Zeit ist. Ob Strehla dann wieder so glimpflich davonkommen wird, kann niemand sagen. Mir persönlich reicht es schon, wenn ich mitansehen muß, wie unsere Nachbarstadt Riesa Schritt für Schritt überfremdet wird.

Die NPD hat gerade in den letzten Jahren bewiesen, daß sie nicht nur fundamentale Oppositionsarbeit zu leisten vermag, sondern sich durchaus auch konstruktiv einbringt, wenn man sie nur läßt. Ich stelle mich auf jede Lage ein, und versuche stets, für unsere Heimat das Beste herauszuholen. Es würde mich freuen, wenn Sie mir auch für die kommende Wahlperiode erneut den Auftrag hierzu erteilen und idealerweise die NPD in Stadtrat und Kreistag durch Ihre Stimmabgabe stärken würden.

Ihr Peter Schreiber





**NPD setzt sich durch, Teil I:**

## Eine Stadt spricht Klartext!

### Positionspapier zur Kommunalfinanzierung

**Kaputte Straßen, heruntergekommene Häuserfassaden, steigende Kita-Beiträge, Schulen, die um's Überleben kämpfen: Gerade Städte und Gemeinden im ländlichen Raum – wie Strehla - haben es schwer, auch nur die notwendigste Infrastruktur für ihre Bürger aufrecht zu erhalten.**

**W**ährend für Asylforderer und Bankenrettungspakete stets genug Geld da war, während Deutschland die zweithöchste Steuer- und Abgabenquote im OECD-Raum aufweist, fehlt es gerade auf dem Land an allen Ecken und Enden.

Die Folge: Insbesondere junge Leute und Familien zieht es – notgedrungen – in die Städte, wo dafür allerdings die Mieten bald unbezahlbar werden aufgrund des Wohnungsmangels und man als Deutscher zudem zunehmend Überfremdung und Kriminalität ausgesetzt ist.

#### Ländlicher Raum verödet

Das sind die Ergebnisse etablierter BRD-Politik – und fast 30jähriger CDU-Politik seit der Wende in Mitteldeutschland.

NPD-Stadt- und Kreisrat Peter Schreiber (Spitzenkandidat zur Landtagswahl am 1. September) hat diese Tatsachen und Zusammenhänge seit Jahren immer wieder in Stadtrat und Kreistag angesprochen. Zuletzt mit einer Stellungnahme zur Regionalplanung im Kreistag Meißen und zuvor mit einem Antrag zur letzten Strehlaer Haushaltsberatung 2018. Diese Anträge wurden und werden auf Kreis- und Stadtebene derzeit in den zuständigen Gremien beraten.

Nach fast zehnjähriger Überzeugungsarbeit konnten sich am 19. Februar 2019 die Strehlaer Stadtrats-

mitglieder einstimmig zu einem Positionspapier zur Kommunalfinanzierung durchringen, das von Peter Schreiber vorgeschlagen und angeregt, von der Stadtverwaltung unter Leitung von Bürgermeister Jeromin ausgearbeitet und in den Ausschüssen der Stadt beraten worden war.

Damit beziehen selbst die Stadträte der stärksten Fraktion im Stadtrat, der CDU, eindeutig Position gegen die seit Jahrzehnten praktizierte Kahlschlagspolitik der Unionsparteien in Bund und Freistaat.

#### Kernsätze der Resolution:

**»Veraltetes Raumordnungskonzept:** Das dem Raumordnungskonzept zugrundeliegende Zentrale-Orte-Prinzip wurden in den siebziger Jahren entwickelt und geht vor dem Hintergrund der ressourcensparenden Entwicklung der Infrastruktur von einer räumlichen Konzentration auf Kernbereiche aus. Die eingeschlagene Entwicklung führte allerdings dazu, daß sich die wesentlichen Entwicklungen zunehmend auf die Kernbereiche konzentrieren und der ländliche Raum verödet...«

**»Steigende, überbordende rechtliche und bauplanerische Standards:** Die Erhöhung rechtlicher und bauplanerischer Pflichtstandards führen zu steigenden Mehrausgaben und zu einer erheblichen finanziellen Belastung der Gemeinden. Das Geld fehlt dann bei der Bereitstellung von freiwilligen Leistungen...«

**»Finanzausstattung:** Eine überbordende Förderpolitik führt dazu, daß Investitionen nicht nach Notwendigkeit, sondern vielmehr nach Verfügbarkeit der Mittel ausgegeben werden. Wir sind der Auffassung, daß es eine Verbesserung des Finanzausgleichs zugunsten der Kommunen geben muß.«

## Die EU: Europas Unglück!

Auch die Kommunen leiden unter der Regelungswut des Brüsseler Bürokratie-Molochs!

Einst galt, so zumindest das Versprechen bei Unterzeichnung der »Römischen Verträge«, die als Geburtsstunde der späteren Europäischen Union galten, wie auch beim Maastricht-Vertrag, das Prinzip der »Subsidiarität«. Gemeint ist damit der Grundsatz der Nachrangigkeit. D.h., Dinge die auf lokaler Ebene gelöst werden können, sollen dort auch angepackt werden, Angelegenheiten, die auf nationaler Ebene zu regeln sind, in den nationalen Parlamenten. Nur das, was eine gemeinsame Vorgehensweise der europäischen Staaten erfordert, das sollte auf europäischer Ebene beraten und beschlossen werden.

Von diesem Grundsatz hat man sich in Zeiten der »Tiefen-Integration« der heutigen EU längst verabschiedet. Nicht nur die nationale Souveränität wird immer mehr eingeschränkt – rund 80 Prozent der Gesetze und Verordnungen kommen aus Brüssel und werden in Bund und Ländern nur noch »abgenickt«, auch auf kommunaler Ebene sind uns zunehmend die Hände gebunden, weil die Europäische Union es so will. Damit muß Schluß sein!



**Keine %-Hürde – keine Stimme verschenkt!**

**EUROPAWAHL  
am 26. Mai:**

**NPD wählen!**

## Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) mit neuen Horror-Plänen: **Asylkosten: Was kommt da auf uns zu?**

**Wie mehrere übereinstimmende Medienberichte ergeben, plant Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) eine Neuregelung hinsichtlich der Erstattung von Flüchtlingskosten an die Kommunen.**

**S**o schreibt die Wochenzeitung ZEIT in ihrer Online-Ausgabe vom 19. März 2019: »Nach den Plänen des Bundesfinanzministers soll eine Reihe von Kostenzuschüssen durch eine einzige Pauschale ersetzt werden. Gezahlt werden soll sie pro Flüchtling für die ersten fünf Jahre nach dessen Ankunft in Deutschland. Im ersten Jahr sollen die Betroffenen 16.000 Euro bekommen, später dann weniger.

Grund für die Neuregelung ist, daß eine Reihe von bisherigen Zuschüssen Ende des Jahres ausläuft. Die 670-Euro-Pauschale für Ausländer im Asylverfahren, die Integrationspauschale und die Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge fallen dann weg. Nach Berechnungen der Hamburger Senatskanzlei würde der Bund seine Unterstützung mit der neuen und alleinigen Pauschale von derzeit 4,7 Milliarden auf rund 1,3 Milliarden Euro pro Jahr senken.«

NPD-Kreisrat Peter Schreiber hat dazu eine schriftliche Anfrage an Landrat Arndt Steinbach (CDU) gestellt. Hierin will er wissen, wie die 72-prozentige (!) Absenkung der Erstattung der »Flüchtlingskosten« auf die

Finanzen des Kreishaushaltes und der kreisangehörigen Städte und Gemeinden auswirkt. Wetten, daß wir erst nach den Wahlen vom 26. Mai die ganze, schreckliche Wahrheit erfahren?

Schreiber hierzu: »Die Deutschen zahlen mehrfach für die Scheinasylanten-Flut. Erst mit ihren Steuern und Abgaben für die immensen Kosten, dann mit dem Verlust ihrer Heimat durch Überfremdung, schließlich mit einer Überschuldung der Städte und Gemeinden, in denen sie leben, mit allem, was daraus resultiert. Und so manch einer zahlt auch noch mit seinem Leben, wenn er Opfer eines kriminellen Migranten wird...«

**NPD setzt sich durch, Teil II:**

## Elbfähren müssen erhalten bleiben!



**S**owohl der Landkreis Meißen als auch die betroffenen Gemeinden Coswig-Kötitz/Gauernitz, Niederlommatsch/Seußlitz und Strehla/Lorenzkirch planen einen Übergang der Zuständigkeit für den Betrieb der touristisch wichtigen Elbfähren auf die Verkehrsgesellschaft Meißen (VGM) und die tarifliche Einbettung in den VVO.

Das ist grundsätzlich zu begrüßen, da es für die einzelnen Kommunen zunehmend schwierig wird, das passende Personal für diese Saisonbetriebe bereitzuhalten. Demgegenüber kann der VGM aus einem größeren Personalpool schöpfen. NPD Stadt- und Kreisrat Schreiber sieht aber die Gefahr, daß zu einem späteren Zeitpunkt, nach der Übertragung der Zuständigkeiten, die Fähren

dem Rotstift und allgemeinen Sparzwängen zum Opfer fallen könnten. Schreiber drängt daher auf eine Bestandsgarantie für mindestens fünf Jahre und die vertragliche vereinbarte Option auf ein Rückfallrecht an die Stadt. Sein Vorschlag fand im Stadtrat Strehla einstimmig Zustimmung. Man wird jetzt sehen, ob der Landkreis auf diese Wünsche eingeht. **Die NPD bleibt dran!**

**NPD setzt sich durch, Teil III:**



## Ärzttemangel endlich Thema im Kreistag!

**V**or mehr als zehn Jahren brachte Kreisrat Schreiber einen umfangreichen Maßnahmenplan zur Bekämpfung des Ärztemangels im ländlichen Raum in den Kreistag an. Landrat Steinbach (CDU) bügelte das Ansinnen seinerzeit unter fadenscheinigen Gründen ab, beispielsweise unter Berufung auf das Wettbewerbsrecht der EU. Vielfach und lange Jahre wurde bestritten, daß das Problem überhaupt existiert. Nach mehr als zehnjähriger Verspätung wurde auf Antrag der CDU-Fraktion nun eine AG »Hausärztliche Versorgung« eingerichtet. Zehn Jahre gingen verloren, weil man nicht auf die Nationaldemokraten hören wollte!





## ZUR PERSON

**Ines Schreiber** wurde 1973 in Greifswald geboren, ist verheiratet mit Peter Schreiber und hat mit ihm zwei Kinder. Sie wuchs in Stralsund und auf der Ostsee-Insel Rügen auf, mußte aber nach der Wende aus beruflichen Gründen nach Niedersachsen ziehen, nachdem Sie zuvor als Krankenschwester examinierte. In ihrem Beruf arbeitete Sie auf der Unfallchirurgie, der Intensivstation und im psychiatrischen Bereich.

**Gleich ihrem Ehemann**, mit dem sie im Jahr 2007 nach Strehla zog, engagierte sich Ines Schreiber zunächst bei den »Republikanern«, später überparteilich bei der NPD, schließlich trat sie im Jahr 2009 in die Partei ein und wurde 2016 Kreisvorsitzende im Landkreis Meißen.

**Im Jahr 2016** begründete Ines Schreiber das Projekt SOZIALE AKTION SACHSEN in Riesa, wo sie unter dem Motto »Deutsche helfen Deutschen« Hilfe zur Selbsthilfe für unsere Landsleute organisiert. Zuvor war sie ehrenamtlich als Elternsprecherin an der Grundschule Strehla tätig sowie als Hilfsschöfin am Amtsgericht Riesa.

# »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!«

**Beständigkeit ist eine Tugend, die auch in der Politik ein Qualitätsmerkmal darstellt.**

**A**ls Frau, die ich politische Entwicklungen um mich herum vornehmlich aus praktischer, lebensnaher Sicht und vom Herzen her denke und betrachte, habe ich schon so manchen »Sprücheklopfer« kommen und gehen sehen. Auch erstaunlich, wie rasch viele vorgebliche »Hoffnungsträger« ihre Überzeugungen wechseln, - schneller als die Unterwäsche, möchte man meinen. Gestern bei den LINKEN, heute bei der CDU,

oder gestern CDU-Stadtrat, heute ganz »alternativ« unterwegs – und morgen? Wenn Worte allein nicht helfen, die Ernsthaftigkeit des politischen und sozialen Anspruchs zu bewerten, so gibt es, vor allem aus Sicht des Wählers, eine gute Richtlinie: An den Taten sollt ihr sie erkennen! Das ist mein Lebensmotto, und daran werde ich mich halten, gerade auch dann, wenn Sie mich – mit Ihrer Stimme - in Stadtrat und Kreistag entsenden sollten.

**Ihre Ines Schreiber**



## Das eigene Volk zuerst!

**A**rmut ist in Deutschland längst kein Randphänomen mehr. Gerade in Sachsen mit seinem ausgeprägten Niedriglohnssektor sind es nicht nur Langzeitarbeitslose, sondern vor allem schwer arbeitende Arbeiter und Angestellte, Menschen, die der sogenannten unteren Mittelschicht zugerechnet werden, die zunehmend auf Unterstützung Dritter angewiesen sind. Das gleiche gilt für Rentner, die mit ihrer Rente kaum mehr über die Runden kommen oder entwürdigende Behandlungen auf den Ämtern über sich ergehen lassen müssen. Während Lobbyorganisationen sich rührend um »Integration« und Umsorgung von Fremden aus aller Herren Länder kümmern, scheint der Deutsche im eigenen Land oft als Mensch zweiter Klasse zu gelten. Da wir nicht warten können,

bis sich die politischen Verhältnisse zum Besseren wenden, vielmehr unseren Landsleuten **jetzt** geholfen werden muß, organisiert die NPD seit einiger Zeit unter dem Motto »Deutsche helfen Deutschen« ein Hilfsprojekt für Angehörige des eigenen Volkes. Eine solche Einrichtung befindet sich auch in Riesa, unter dem Namen SOZIALE AKTION SACHSEN.

**Jede Woche freitags, zwischen 16 und 18 Uhr – oder nach Terminvereinbarung – hat unser Sozialladen für Sie geöffnet. Wir leisten unentgeltlich Hilfe und nehmen Sachspenden entgegen! Sie treffen uns an im ehemaligen Ladengeschäft des DS-Verlages in der Geschwister-Scholl-Str. 4 in Riesa.**

## MITMACHEN!



**NPD-KV Meißen**

Postfach 10 18 28, 01572 Riesa



**www.npd-sachsen.de**



**03525 - 875 185**

Fax 0911 / 30844 - 5292 -0



**geschaeftsstelle@npd-sachsen.de**

INES SCHREIBER

# MITEINANDER FÜR UNSER STREHLA



NATIONALE SOLIDARITÄT ÜBEN:  
[DEUTSCHE-HELFEN-DEUTSCHEN.DE](http://DEUTSCHE-HELFEN-DEUTSCHEN.DE)



AM 26. MAI ZU DEN STADTRATS- UND KREISTAGSWAHLEN:

## MIT ALLEN STIMMEN NPD WÄHLEN.

**DAS NATIONALE ORIGINAL!**